

## **Globale Ungleichheit, Migration und die Produktion von Armut**

Fachtagung der Landesarmutskonferenz Niedersachsen am 17.10.2016

Jürgen Maier, Forum Umwelt & Entwicklung

Deutschland ist ein reiches, erfolgreiches Land. Das sagt die Bundesregierung, und die meisten Leute glauben es auch. Gemessen an den üblichen Indikatoren, stimmt das auch. Deutschland ist in jeder Hinsicht wettbewerbsfähig. Die deutschen Exportüberschüsse wachsen kontinuierlich, letztes Jahr waren es sage und schreibe 247,8 Milliarden Euro. Jeder Einwohner dieses Landes vom Baby bis zum Greis hat statistisch für 2750 Euro mehr Waren an den Rest der Welt verkauft als dort eingekauft. In diesem Jahr wird der deutsche Handelsbilanzüberschuss voraussichtlich €310 Mrd erreichen – China bringt es nur auf 260 Milliarden, Japan nur auf 170, und das mit viel mehr Einwohnern. Mit praktisch allen wichtigen Handelspartnern hat Deutschland hohe und immer noch wachsende Exportüberschüsse.

Das einzige Problem an derartig gewaltigen Exportüberschüssen ist, dass sie zwingend das Handelsbilanz-Defizit woanders sind. Die Erde hat insgesamt eine ausgeglichene Handelsbilanz, denn sie handelt nicht mit dem Mond oder dem Mars. Es kann aber nicht nachhaltig sein, wenn ein Land immer höhere Exportüberschüsse auftürmt und woanders die Defizite steigen.

Die Folgen sehen wir, zum Beispiel in der Krise der EU. Der Euro beschert unserem Land eine systematisch unterbewertete Währung, während Frankreich und Südeuropa eine systematisch überbewertete Währung haben, die sie nicht mehr abwerten können. Frankreichs wirtschaftliche Schwäche und die sinkende Kaufkraft wachsender Bevölkerungsteile haben 2015 erstmals dazu geführt, dass das Land vom ersten auf den zweiten Platz der Rangliste der deutschen Handelspartner gerutscht ist. Platz eins sind jetzt die USA, ganz ohne TTIP, mit denen Deutschland einen Exportüberschuss von über 40 Milliarden Euro hat. Die USA sind aber das Land mit einem der größten Handelsbilanzdefizite der Welt – eine Folge zahlreicher Freihandelsabkommen, und zu welchen Verwerfungen das führen kann, kann man im US-Wahlkampf sehen. 5 Millionen Industrie-Arbeitsplätze sind in der Ära der Freihandelsabkommen in den letzten 20 Jahren ins Ausland abgewandert, ganze Regionen wurden deindustrialisiert. Für die meisten Amerikaner sind die Reallöhne heute niedriger als vor 20 Jahren. Der Versuch Obamas, noch ein weiteres Mega-Freihandelsabkommen namens TPP draufzusetzen, stößt auf massiven Widerstand. Die Wahlerfolge von Trump aber auch Bernie Sanders mit ihrer scharfen Kritik an Freihandelsabkommen sind die Konsequenz aus der wachsenden wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit vieler Amerikaner.

Obwohl der deutsche Exportmerkantilismus die EU destabilisiert, woanders auf der Welt ähnliche Wirkungen entfaltet, halten die Eliten dieses Landes und der EU mit aller Macht an diesem verfehlten Modell fest. Wir sehen in diesen Tagen, wie trotz aller Widerstände in der ganzen EU auf Biegen und Brechen das Ceta-Abkommen durchgedrückt werden soll, das neueste in der langen Reihe neoliberal geprägter Handelsabkommen. Solche Abkommen hat die EU noch viele in der Pipeline, keineswegs nur das berüchtigte TTIP, und natürlich werden sie alle geheim verhandelt. Längst nicht alle dieser Abkommen finden den Weg in die Schlagzeilen der Medien, vor allem jene bei denen die Folgen weniger hier als in den sogenannten Partnerländern spürbar sind. Es geht eigentlich fast immer um forcierte Marktöffnung, um Schutz für internationale Investoren, um den Abbau von

Handelshemmnissen und den Aufbau von Regulierungshemmnissen. Besonders aggressiv tritt die EU auf, wenn es darum geht, Agrar- und Dienstleistungsmärkte im Rest der Welt zu öffnen. Denn im Gegensatz zum Industriegüterexport gibt es in diesen Bereichen noch nennenswerte Hindernisse.

Diese Hindernisse, meine Damen und Herren, sind allerdings auch notwendig, wenn nicht überall auf der Welt noch mehr Verlierer der Globalisierung entstehen sollen. Vor 30 Jahren waren 30 Länder Netto-Nahrungsmittel-Importeure, heute sind es 110. Was das heisst, sehen wir beispielsweise auf den Agrarmärkten in Afrika. Zurzeit versucht die EU, einer grossen Zahl afrikanischer Staaten neue Freihandelsabkommen aufzuzwingen, sogenannte »Wirtschaftspartnerschaftsabkommen«, mit denen diese Länder praktisch vollständig für die europäischen Konzerne geöffnet werden sollen. Freier Handel zwischen so ungleichen Partnern bedeutet das Recht des Stärkeren. In Ländern wie Burkina Faso in Westafrika hat die EU bei Milch bereits einen Marktanteil von 80% erreicht. Ähnlich sieht es aus bei Fleisch, bei Getreide und vielen anderen Agrarprodukten – mit neuen Handelsabkommen will die EU noch mehr freien Marktzugang. Die Kinder von Milchbauern in Burkina Faso werden deshalb nicht mehr Milchbauern, sondern sie werden Migranten, manche nur bis in die Hauptstadt, manche auch weiter. Die jahrzehntelang politisch forcierte Industrialisierung der europäischen Landwirtschaft führt zu genau der agrarindustriellen Überproduktion, die die bäuerliche Landwirtschaft kaputt macht, hier bei uns genauso wie in Afrika. Als letztes Jahr die Milchpreise zusammenbrachen, fiel dem Landwirtschaftsminister nichts besseres ein, als einen Milchexportgipfel einzuberufen. Den Überschuss einfach wegexportieren, das soll die Lösung sein. 30% unseres Milchexports gehen jetzt schon nach Afrika. Wieviele afrikanische Bauern will die Bundesregierung eigentlich noch ruinieren?

Ähnlich sieht es bei den Dienstleistungen aus. Nur ein Beispiel: In Indien gibt es wenig Supermärkte, aber Millionen Arbeitsplätze im kleinteiligen Einzelhandel. Die EU übt massiven Druck auf Indien aus, im Rahmen eines Freihandelsabkommens mit der EU den Markt für europäische Supermarktketten zu öffnen. Müssen wir Indien zwingen, Aldi, Lidl & Co ins Land zu lassen und Millionen Menschen arbeitslos zu machen? Wer beschliesst so eine Handelspolitik?

Die Realität der heutigen Weltwirtschaft sind aber längst immer weniger Handelsbeziehungen eines Landes mit einem anderen, sondern globale Produktionsketten, die sich jeder Regulierung entziehen. Sie kennen die Beispiele aus dem Textilsektor in Bangladesh, massive Ausbeutung der Arbeiterinnen für billigstmögliche Klamotten in irgendwelchen namenlosen Zulieferbetrieben. Die Handelskonzerne, die die Produkte am Ende der Kette in reichen Ländern verkaufen, wissen meist nicht – und müssen auch nicht wissen und wollen auch nicht wissen, wo und von wem und wie eigentlich diese Ware genau produziert wurde.

Mode ist heute nicht mehr ein saisonales Geschäft, Frühjahr/Sommer und dann Herbst/Winter. Heute wird ständig etwas Neues produziert und auf den Markt geworfen, und die billigen und superbilligen Klamotten die Sie bei Ketten wie Primark kaufen, werden immer öfter nach kurzer Zeit weggeworfen, zwei, dreimal getragen, länger halten sie eh nicht, und dann kommt das Nächste. Die braucht man eigentlich gar nicht mehr zu waschen. Billige Wegwerfmode. Billig, weil die Arbeitskraft in den Fabriken und auf den Baumwollfeldern billig ist, weil das Wasser für die durstigen Baumwollpflanzen billig ist, oder genauer gesagt von den Regierungen billig gehalten wird. Genauso sieht es bei anderen Produkten aus, bei Smartphones, bei Spielzeug, bei Lebensmitteln und so weiter.

So etwas ist ein Skandal, und das Gegenteil nachhaltigen Wirtschaftens. Aber eine Bundesregierung, die das ändern wollte, könnte kaum etwas dagegen tun. Sie hat selbst dafür gesorgt, dass sie kaum

noch etwas dagegen tun kann, und Sie als Wähler dementsprechend so etwas auch nicht mehr erwarten können. Die Welthandelsverträge der WTO verbieten es ausdrücklich, Produkte nach ihrer Herstellungsweise unterschiedlich zu behandeln. Ein T-shirt ist ein T-shirt, egal ob die Arbeiterinnen anständig bezahlt wurden oder nicht, egal ob bei der Herstellung die Umwelt verseucht wurde oder nicht. Wir müssen also billige Wegwerfklamotten ins Land lassen, auch wenn wir solche Geschäftsmodelle und solche sogenannten Wertschöpfungsketten empörend finden. Die WTO-Verträge sind da sehr strikt, und alle Regierungen der Welt sind sich einig: das sollen sie auch bleiben. Solche Verträge sorgen dafür, dass sich Sozial- und Umweltdumping lohnt, und dass Regierungen nichts dagegen tun können. Preisdumping ist dagegen strikt verboten, da gibt es allerlei Gegenmassnahmen. Da brauchen wir uns nicht mehr zu wundern, warum es so schwer ist, etwas gegen diese Praktiken zu tun. Die Welthandelsverträge sind so gemacht worden, damit das so ist.

Diese Art Globalisierung stellt sicher, dass multinationale Konzerne so weit wie möglich sich der Regulierung durch nationale Regierungen entziehen können, sich demokratischer Gesetzgebung, ordentlicher Besteuerung und so weiter entziehen können. Das ist kein Unfall oder Zufall, das ist die Intention der Politik, die die letzten 20,30 Jahre Globalisierung entlang der neoliberalen Ideologien gestaltet hat und weiter gestaltet.

Natürlich sind die Unternehmen nicht alles Leute, die verantwortungslos Menschen und den Planeten ausbeuten. Aber wenn sie nachhaltiger wirtschaften wollen, stossen sie rasch an Grenzen. Beim Wettlauf um die niedrigsten Preise können sie nicht mehr mithalten. Investoren wollen Rendite sehen, shareholder value nennen sie das. Verbraucher wollen niedrige Preise. Sie reden alle von Nachhaltigkeit, sie starten freiwillige Initiativen und Nachhaltigkeitslabels, aber ohne entsprechende Regulierung hat das am Markt keine Chance. Es hilft nichts, wir brauchen andere Welthandelsverträge, eine andere Gestaltung der Globalisierung, um die Regulierung solcher globaler Produktionsketten wieder möglich zu machen.

Aber das ist das Letzte, was die heutigen Wirtschaftsminister, Handelskommissare, Handelsdiplomaten wollen. Die wollen was anderes. Stellen Sie sich das einmal vor. Unbegrenzter Marktzugang für multinationale Konzerne. Nie wieder Erhöhung von Zöllen. Keinerlei Schutzmassnahmen für regionale und lokale Unternehmen, für kleine und mittlere Unternehmen. Öffentliche Ausschreibungen dürfen auf keinen Fall lokale Anbieter bevorzugen, um lokale Arbeitsplätze zu schaffen – sie müssen jedem transnationalen Anbieter offenstehen. Öffentliche Dienstleistungen werden privatisiert, Rekommunalisierung oder Rückverstaatlichung ist nicht zulässig. Ausländische Investoren werden durch scharfe Investitionsschutzverträge vor Regulierungen geschützt, die ihre Profite schmälern könnten. Transnationale Unternehmen zahlen praktisch keine Steuern mehr, weil sie so strukturiert sind, dass dies legal möglich wird. Regierungen können nicht mehr im öffentlichen Interesse regulieren, indem sie gefährliche Substanzen oder Produktionsverfahren verbieten, weil das Handelshemmnisse wären. Wissen wird immer weiter monopolisiert oder durch ausufernde geistige Eigentumsrechte geschützt, selbst Lebewesen sind inzwischen schon patentierbar, nicht nur durch Monsanto. Alles das ist abgesichert durch internationale Handelsverträge, die diese Politik praktisch unumkehrbar machen, es ist praktisch die Verfassung der Weltwirtschaft.

Das ist der neoliberale Traum, auf den arbeitet die EU-Handelspolitik seit Jahrzehnten hin – und für normale Menschen ist es ein Alptraum. Marktkonforme Demokratie, hat Kanzlerin Merkel das genannt.

Wer stoppt diese Handelspolitik, diese Wirtschaftspolitik?

Meine Damen und Herren,

die Globalisierung wird falsch gestaltet, von den falschen Leuten, mit den falschen Prioritäten, und im Ergebnis gibt es immer weniger Gewinner, und immer mehr Verlierer.

Das gilt inzwischen auch für den Exportweltmeister Deutschland.

Jahrzehntlang waren die Eliten der Bundesrepublik Deutschland davon überzeugt, dass die Exporterfolge des Wirtschaftswunderstaats die Grundlage für den Wohlstand seien. Diese Gleichung funktioniert so nicht mehr. Der Preis, der für die Exporterfolge zu bezahlen ist, übersteigt zunehmend den Nutzen. Die Zurichtung der ganzen Gesellschaft auf „globale Wettbewerbsfähigkeit“ zerstört den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die binnenwirtschaftlichen Grundlagen der extremen Exporterfolge geraten unter Druck. Dass Lohn- und Sozialdumping die Wettbewerbsfähigkeit erhöht, ist nicht zu leugnen – es gehört sogar zu den Troika-Auflagen für die Euro-Krisenländer. Dieser Wettlauf nach unten ist das Gegenteil von Nachhaltigkeit.

Maßgebliche Ursache für die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist eine systematische Kostensenkungspolitik: Vor allem das gemessen am Rest Europas ausgeprägte Lohndumping führt zu einer Spaltung der deutschen Gesellschaft und auch der Gesellschaften in Europa. Seit Einführung des Euro ist das Reallohniveau in der Eurozone in Deutschland mit am langsamsten gestiegen, daran hat auch der Mindestlohn nichts geändert.

Und so ist dieses Land auch das Land mit der größten sozialen Ungleichheit des ganzen Euroraums. Es gibt in diesem Land auch ein Drittel Abgehängte, prekär Beschäftigte, Minijobber, Aufstocker. Die Verlierer der Globalisierung, Digitalisierung, Flexibilisierung und anderer Entwicklungen, die von den politischen Eliten aktiv vorangetrieben wurden und werden, sind die weniger Gebildeten, weniger Qualifizierten, prekär Beschäftigten. Sie sind zu sehr mit ihrem eigenen Überleben beschäftigt, um sich mit den Problemen zu beschäftigen, die die oberen zwei Drittel umtreiben. Etwa jeder fünfte Deutsche ist von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht: 20,6 Prozent und damit 16,5 Millionen Menschen, so das Statistische Bundesamt.

Der Niedriglohnsektor in Deutschland hat deutlich zugenommen. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern ist hier die Aufstiegsmobilität ungewöhnlich niedrig. Das heißt, viele Beschäftigte haben kaum eine Chance dem Niedriglohnsektor zu entkommen - er wird so zu einer Falle und nicht zum Sprungbrett.

Im unteren Drittel ist Altersarmut schon vorprogrammiert: wer wenig verdient, zahlt auch nur geringe Rentenbeiträge. Die Kinder haben schlechte Bildungschancen. Aus dem politischen System haben sich die meisten verabschiedet. Sie sind das Milieu der Nichtwähler und schon allein deshalb spielen sie für die Parteien keine Rolle. Sie haben keine politische Adresse, die sie wählen könnten, keinen Ort für politisches Engagement. Auch die Gewerkschaften schaffen es nicht, sie zu organisieren. Union, SPD, Grüne vertreten seit 1998 im wesentlichen dieselbe marktliberale Wirtschaftspolitik, bei der die Interessen dieser Bevölkerungsgruppe kaum eine Rolle spielen. Die Linke würde zwar gerne diese Leute vertreten, schafft es aber einfach nicht. Die AfD bisher auch nicht wirklich. Bisher – noch nicht.

Aber das kann sich ändern. Die Verlierer des neoliberalen Wirtschaftsmodells bilden den Nährboden für Protestbewegungen aller Art.

Wir müssen selbstkritisch einräumen, nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Eliten, auch die sogenannte progressive Zivilgesellschaft hat sich lange Zeit für das abgehängte Drittel praktisch nicht interessiert. Sie hat sich um die Moral gekümmert, aber nicht ums Fressen. Und nun weist der politisch so gar nicht korrekte Protest der Abgehängten auf die alte Weisheit von Bertolt Brecht hin: Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.

Eine durchaus rege Zivilgesellschaft interessierte sich bis vor kurzem kaum für wirtschafts- oder verteilungspolitische Fragen, dementsprechend gering sind ihre Kompetenzen auf diesem Feld. Die TTIP-Kontroverse beginnt das langsam zu ändern, sie weist streckenweise Züge eines wirtschaftspolitischen Re-Alphabetisierungsprogramms auf. Immer mehr Menschen dämmert, dass TTIP und Ceta kein isolierten Symptome, sondern Ausdruck einer grundlegend falschen wirtschaftspolitischen Orientierung ist. Wenn die Reichen immer reicher werden und die Ungleichheit immer grösser, dann stimmt die ganze Richtung nicht. Das gilt im eigenen Land genauso wie weltweit.

Allmählich dämmert vielen Menschen, dass sie bei den letzten Wahlen vielleicht über die Moral abgestimmt haben, aber nicht über das Fressen. Denn beim Fressen gab es nicht viel zu wählen, da sind die Mainstream-Parteien im Kern auf einer Linie. Selbst wenn man beim Fressen Alternativen wählen könnte, viel geändert hätte es nicht: wesentliche Entscheidung fallen heute jenseits demokratischer Kontrolle, ausserhalb von Parlamenten, in obskuren Gremien mit zweifelhafter Legitimation, nichtöffentlich, wie etwa der »Eurogruppe«, der EZB, dem Europäischen Rat usw. Wer da wie argumentiert und abstimmt, erfährt niemand, bleibt geheim. So sieht Demokratie in der EU 2016 aus. Mit Wahlen für andere Wirtschaftspolitik zu sorgen, ist ziemlich schwierig geworden.

Das Gesellschaftsmodell einer pluralistischen Demokratie gibt es in immer mehr Ländern nur noch in Kombination mit einer neoliberal deregulierten Marktwirtschaft auf dem Wahlzettel. Die »soziale Marktwirtschaft« ist ein Auslaufmodell - diese gibt es nämlich nicht ohne Umverteilung, und zwar von oben nach unten, nicht umgekehrt. Genau diese Umverteilungs-Komponente ist der neoliberalen Ideologie zum Opfer gefallen, und deshalb gibt es so viele Verlierer. Wo eine quasi »sozialdemokratische« Option einer Marktwirtschaft wegfällt, gerät das liberale Gesellschaftsmodell, die Demokratie selbst unter Druck. Verlierer nehmen es nur noch als Eliten-Projekt wahr, das ihnen nichts bietet. Polen ist dafür ein gutes Beispiel. Eine auf einen liberalen Markt reduzierte Demokratie wird nicht mehr als Chance zur Veränderung wahrgenommen, sondern als Problemursache – und wurde abgewählt.

Das ist nicht nur in Polen so. Frankreich wählt nächstes Jahr. Wenn man durch unser Land fährt, um in Hunderten von Veranstaltungen über TTIP zu diskutieren, lernt man die Stimmung im Volk kennen: Vom Dorf bis zur Großstadt, egal wo, egal wer, das Bild ist weitgehend dasselbe: Die Leute haben die Schnauze voll. Viel gründlicher, als die Wahlergebnisse nahelegen. Eine diffuse Stimmung, auf der Suche, aber mit klarer Tendenz: es läuft in die falsche Richtung, und »die da oben« brauchen einen dicken Denkkettel. Die offene Frage ist allerdings, wie sieht dieser Denkkettel aus. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten.

Eigentlich wollen diese Leute keine Revolution, schon gar keine Rechtsradikalen an der Macht, sie suchen auch keine Postwachstums-Visionen aus dem akademischen Elfenbeinturm. Sie wollen

eigentlich nur die gute alte soziale Marktwirtschaft wiederhaben, nicht einen immer schärferen globalen Konkurrenzkampf aller gegen alle, dem sich alle Lebensbereiche unterzuordnen haben. Sie fühlen sich verspottet von Managern, die einen ganzen Konzern an die Wand fahren, dafür noch Bonuszahlungen kassieren und praktisch keine Steuern zahlen – während man selbst feststellt, die Rente reicht nicht und die Riester-Rente ist ein Flop. Sie müssen zusehen, wie mit Milliardensummen sogenannte »systemrelevante Banken« gerettet werden – aber sie selber sind offenbar nicht systemrelevant für die Politik. Man hört anerkennende Worte über Kohl, Blüm und Geissler, die im Gegensatz zu allen ihren Nachfolgern noch für einen Ausgleich zwischen oben und unten standen – selbst von Leuten, die nie Kohl gewählt haben. In ihrem kollektiven Glauben an die Alternativlosigkeit der neoliberalen Ideologie hat sich die heutige politische Klasse von weiten Teilen des Volkes entfremdet.

Lange Zeit blieb es ein diffuses Unbehagen.

Diffuse Stimmungen können sich lange ausbreiten, aber sie werden erst dann wirksam, wenn das diffuse Unbehagen einen Namen bekommt, sich in einem Begriff symbolisch kristallisiert. Für viele ist dieser Namen inzwischen »Flüchtlinge und Islam«. Für andere ist dieser Name »TTIP und Globalisierung«. Für nicht wenige ist es auch beides. Die Grenzen sind dabei durchaus fließend. Welche Tendenz sich durchsetzt ist eine völlig offene Frage. Man kann es auch drastischer sagen: die eine ist eine hasserfüllte, destruktive Tendenz – die andere eine demokratische, konstruktive Antwort auf eine abgehobene politische Klasse, die nicht verstehen will oder kann, dass sie ihre Politik radikal korrigieren muss.

Das Kürzel TTIP ist längst das Synonym geworden für die marktradikale Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten 20 Jahre. In Europa, in den USA wurden seit 25 Jahren die Steuern für die Reichen gesenkt, die Finanzmärkte dereguliert, die Arbeitsmärkte dereguliert. 1998 lag der Spitzensteuersatz in Deutschland bei 53%, dann kam die rot-grüne Regierung Schröder-Fischer und senkte ihn auf 42%. Die Mehrwertsteuer dagegen, die vorwiegend die breite Masse belastet, die wurde nie gesenkt, sondern immer wieder erhöht. Umverteilung von unten nach oben.

Nicht diejenigen, die gegen TTIP mobilisieren, machen die Rechtspopulisten hoffähig, sondern diejenigen, die gegen die Mehrheit TTIP und Ceta und ihre alte Wirtschafts- und Finanzpolitik weiter durchdrücken wollen. Wer verhindern will, dass antidemokratische, nationalistische, reaktionäre Strömungen aus der massiven Vertrauenskrise der Eliten Europas und Nordamerikas Kapital schlagen oder gar die Macht übernehmen, muss zeigen, dass demokratische Alternativen funktionieren. Dass man mit demokratischen Mitteln für eine andere Wirtschafts- und Handelspolitik sorgen kann, die die Armen wieder reicher und die Reichen wieder ärmer macht, die Zweidrittel-Gesellschaft wieder zu einer Gesellschaft aller macht, dass die Rückkehr zu einer sozialen Marktwirtschaft die Lösung ist und nicht »Ausländer raus«. Große Teile des neoliberalen Projekts der letzten 20 Jahre müssen dafür rückabgewickelt werden.

Wer unbeirrt weiter versucht, mit Tricks wie einer »vorläufigen Anwendung« Freihandelsabkommen wie Ceta gegen massive öffentliche Ablehnung durchzudrücken, spielt mit dem Feuer. Genau das brauchen diejenigen, die die ganze politische Klasse für korrupt bis ins Mark, für willfährige Helfershelfer von Konzernen, die die ganze EU für ein unreformierbares undemokratisches Konstrukt erklären. Die Demokratie muss jetzt beweisen, dass sie nicht nur für die Elite da ist, sondern für alle. Sie muss beweisen, dass sie auch Perspektiven für die Verlierer von 20 Jahren neoliberaler Globalisierung bieten kann. Sie muss beweisen, dass TTIP nicht kommt, wenn die Menschen das – im

Gegensatz zur politischen Klasse - nicht wollen. Sie muss beweisen, dass sie einen sich auflösenden gesellschaftlichen Zusammenhalt wiederherstellen kann. Wenn die politische Klasse dies weiter verweigert und verhindert, wird die Antwort des Wahlvolkes diese Demokratie in Frage stellen. Die massive Unzufriedenheit mit der heutigen Politik lässt sich nicht mehr aussitzen oder ausbremsen.

Bisher sieht es nicht danach aus, als ob die Botschaft angekommen wäre. Von Wahl zu Wahl werden die Grossen Koalitionen kleiner und kleiner. Aber an der selbst proklamierten »Alternativlosigkeit« der marktliberalen Dogmen der Wirtschafts- und Finanzpolitik wird nicht gerüttelt, weder in Berlin noch in Brüssel. Wenn der EU-Wirtschaftsministerrat heute noch einstimmig und ohne Widerrede für die alte Freihandelspolitik votiert und seine Entschlossenheit für TTIP und CETA bekundet, wirkt das nur noch wie eine Farce. Wen repräsentiert so ein Ministerrat eigentlich noch?

So, jetzt habe ich die politische Klasse genug kritisiert. Jetzt kommt der unbequemere Teil. Auch wir als progressive Zivilgesellschaft können angesichts des sogenannten Rechtspopulismus nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und das tun, was wir immer tun.

Was tut die urbane »progressive Zivilgesellschaft« gegen die soziale Spaltung, was hat sie den nicht systemrelevanten ökonomischen Verlierern zu bieten? Leider nicht viel. Es sind getrennte Welten, Milieus ohne Berührungspunkte. Schon kulturell wird es schwierig. Man ist sich fremd, man bleibt lieber unter sich. In Habitus und Sprache trennen Proletariat oder Prekariat und das akademische Bildungsbürgertum Welten.

Die bildungsbürgerlich geprägte »progressive Zivilgesellschaft« engagiert sich für Fragen, die ihr eigenes Milieu interessant findet. Umweltschutz und Klimaschutz, für Datenschutz und Netzneutralität, für die Armen (aber nur diejenigen südlich von Griechenland), und so weiter. Man könnte sarkastisch sagen, Probleme der Besserverdienenden.

Natürlich gibt es auch eine progressive Zivilgesellschaft, die die herrschende Politik herausfordert. Sie kämpft gegen TTIP, weil es die europäischen Standards bedroht – dass Amazon und McDonalds die europäischen Standards jetzt schon bedrohen und Betriebsräte oder Tarifverträge mit allen Mitteln zu verhindern versuchen, wird aber ignoriert. Wochen- und monatelange Verdi-Streiks bei Amazon für die Einführung solch elementarer Errungenschaften interessieren niemanden. Eine Kassiererin bei Aldi mit Mindestlohn, eine Minijob-Aufstockerin in einem Reinigungsbetrieb findet in den Diskursen der intellektuellen Zivilgesellschaft nichts, was ihre Lebensrealität berührt, denn was hat sie von Frauenquoten in Aufsichtsräten? Die ganz normale Ausbeutung in „spezifisch weiblichen“ Berufen ist kein Thema. Wer hat sich mit den Streiks der Kita-Erzieherinnen, den Streiks der Charité-Krankenschwestern solidarisiert? So gut wie niemand. Diese Gesellschaft bezahlt Millionengehälter für diejenigen, denen sie ihr Geld anvertraut (vorwiegend Männer), aber den Mindestlohn für diejenigen, denen sie ihre Kinder, ihre Alten und ihre Kranken anvertraut (vorwiegend Frauen). So empörend es ist – es ist kein Thema für die »progressive Zivilgesellschaft«. Die Opfer, die das untere Drittel für das Elitenprojekt der »Schwarzen Null« bringen muss – uninteressant. Was zählt, ist die Moral, nicht das Fressen.

Aber mit der Moral kann man keine Diskussionen über das Fressen unterdrücken. Ja, es ist richtig, Menschen in Not zu helfen, sie aufzunehmen, und dafür darf es auch keine Obergrenzen geben, nicht mal wenn es eine Million ist. Aber es darf, ja es muss sogar eine Debatte darüber geben, wer für die Kosten aufkommt. Die sozialen Konsequenzen der Aufnahme so vieler Flüchtlinge sind schon ungleich genug verteilt. Sie treffen in erster Linie das untere Drittel. Einer Lidl-Kassiererin, einem DHL-

Paketboten kann es durchaus mulmig werden angesichts des Flüchtlings-Zustroms. Für sie sind ungelernete Zuwanderer in der Tat eine Konkurrenz. Die Debatte über die Nichtanwendung des Mindestlohns auf Flüchtlinge hat bereits begonnen. Für den NGO-Funktionär, die Rechtsanwältin, den Bioladenbetreiber sind Flüchtlinge keine Konkurrenz, im Gegenteil, weder auf dem Arbeits- noch auf dem Wohnungsmarkt. Es wird daher Zeit, die Debatte zu beginnen, die Reichen für die Flüchtlinge zahlen zu lassen und nicht die längst kaputtgesparten Kommunen, oder die sozial Schwachen.

»Wir schaffen das« - aber wer ist »wir«? Ich kann es verstehen, wenn jemand das Gefühl bekommt, dass die Eliten in Politik, Medien und auch Zivilgesellschaft ihre Humanität gegenüber Flüchtlingen auf Kosten der sozial Schwachen ausleben.

Nichts wäre grundverkehrter als dieser Debatte aus dem Weg zu gehen nur weil sie auch von rechts geführt wird, aber mit einer ganz anderen Stossrichtung. Wir können nicht sagen, wir fordern Moral, um das Fressen sollen sich andere kümmern. Wer die Frage stellt, wie man 1 Million Flüchtlinge integriert und wie man die Kosten dafür verteilt, braucht leider auf die Rassismus-Keule in der Diskussion nicht lange zu warten. Fragen beantwortet man aber nicht dadurch, dass man sie tabuisiert. So kann es kaum verwundern, wenn Leute, die solche Fragen stellen, sich bald daran gewöhnen, von den Eliten der Zweidrittelgesellschaft quasi amtlich attestiert zu bekommen, dass sie eben rassistische Neigungen haben. Um so leichter verlieren sie bald die Hemmungen, AfD zu wählen.

Es war nicht immer so, dass die »progressive Zivilgesellschaft« das Fressen ausgeblendet hat. Und es gibt Hoffnung, dass sich das wieder ändert. Die Agraropposition entwickelt sich immer mehr zu einem Bündnis von Verbrauchern und Bauern für eine andere Landwirtschaft und Ernährungskultur. Das Motto der diesjährigen Wir haben es satt-Demo war »Keine Zukunft ohne Bäuerinnen und Bauern«, und die Botschaft war: Solidarität mit den Landwirten, deren wirtschaftliche Existenz immer mehr von der Agrarindustrie unter Druck gerät. Ein Bündnis von Bauern und Verbrauchern entwickelt politische Dynamik, nicht eine Bewegung urbaner Veganer, Tierschützer oder Umweltschützer gegen Bauern. Landwirte brauchen keine urbanen Citoyens, die ihnen sagen, wo es lang geht.

Doch ländliche Regionen sind nicht nur Landwirtschaft. Viele dieser Regionen bluten aus. Junge Menschen müssen abwandern oder enorme Pendlerstrecken in Kauf nehmen, um Arbeitsplätze finden. Der Bevölkerungsrückgang entwertet den Immobilienbesitz vieler Familien, immer weniger Dörfer haben noch einen Laden, Arzt, Schule, andere Infrastruktur. Die Kreativen gehen, zurück bleiben Alte und immer weniger Junge. Welche Antworten haben wir auf diese fatale Entwicklung? Bisher keine. Für den Zusammenhalt einer demokratischen Gesellschaft ist es aber von enormer Bedeutung, dass diese Regionen eine Perspektive haben, denn wer keine Perspektive mehr hat, wehrt sich irgendwann auf eine meist unschöne Weise. Wenn wir diese Frage ignorieren, wird der Preis dafür sehr hoch sein.

Auch die breite Bewegung gegen TTIP gibt Anlass zur Hoffnung. Längst ist diese Bewegung eine Bewegung für eine andere Wirtschaftspolitik geworden. Immer mehr Menschen verstehen: die herrschende Wirtschaftspolitik des europäischen Parteien-Mainstreams ist eben doch nicht alternativlos. Die brachiale Zurichtung von Wirtschaft und Gesellschaft auf die globale Wettbewerbsfähigkeit, auf Exporterfolge in aller Welt zerstört die Fundamente des europäischen Modells der sozialen Marktwirtschaft, und zerstört gleichzeitig die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen in Afrika und anderswo. Man kann Wirtschaftspolitik und Aussenwirtschaftspolitik im



Zeitalter der Globalisierung nicht getrennt diskutieren und auch nicht getrennt ändern. Das ist der Kern des Problems. Die »progressive Zivilgesellschaft« hat mit der TTIP-Kampagne diesbezüglich bereits viel erreicht, sehr zum Erstaunen von Regierung und Parteien, und das ist eine enorme Chance. Wir dürfen sie nicht verspielen.

Eine »progressive Zivilgesellschaft« verdient diesen Namen nur, wenn sie aktiv für eine Politik einsetzt, die dem unteren Drittel der Gesellschaft wieder Perspektiven bietet. Sie wird es nicht verhindern können, dass es Rechtsradikalismus gibt. Aber sie kann erheblich dazu beitragen, dass er nicht von 30% der Bevölkerung gewählt wird. Es wird Zeit, dass sich die »progressive Zivilgesellschaft« in Deutschland aus ihren subkulturellen und oft genug elitären Nischen begibt und sich einmischt. Einmischt in die Realitäten eines auseinanderdriftenden Landes. Einmischt in das reale Leben, vor allem derjenigen, denen die marktliberale Politik der Eliten nichts mehr zu bieten hat. Dazu muss man vor allem mit diesen Menschen reden, auf Augenhöhe und in normaler Sprache, und nicht nur über sie. Ihre Sorgen und Bedürfnisse ernstnehmen, auch wenn sie einem nicht passen, und das heisst auch, bei solchen Auseinandersetzungen selber auch mal zuhören, dazulernen und nicht nur meinen, man müsse den anderen mal beibringen wo es lang geht.

Letztlich ist es eine Richtungsentscheidung: akzeptieren wir die soziale Spaltung und sehen zu, dass wir auf der Gewinnerseite landen – oder akzeptieren wir sie nicht und arbeiten daran, dass die Reichen wieder ärmer werden, damit der Kuchen wieder gerechter verteilt werden kann. Damit das untere Drittel wieder dazugehört. Damit ein Arbeiterkind wieder eine Chance auf ein Studium hat, mit oder ohne Migrationshintergrund. Damit diejenigen, denen wir Kinder und Alte anvertrauen, nicht in Armut leben müssen. Für diejenigen, die solche einfache Sprache nicht verstehen: Damit die soziale Säule des Nachhaltigkeitsdreiecks eine proportional stärkere Berücksichtigung findet.

Wir werden dieses Wirtschaftssystem nicht verändern, nicht sozialer und nachhaltiger machen, wenn wir nicht alles versuchen, dass die inzwischen vielen und potenziell noch sehr viel mehr seiner Verlierer gemeinsam mit uns in dieselbe Richtung gehen. Unterlassen wir das, sitzen wir vermutlich als naive Gutmenschen bald zwischen allen Stühlen, so wie es in vielen Nachbarländern längst der Fall ist. Deshalb: Wir müssen endlich wieder über das Fressen reden! Über die Moral reden wir schon genug. Die Kampagne gegen TTIP, die Bewegung für eine andere Landwirtschaft und Ernährung haben Erfolg, weil sie eben nicht nur über die Moral reden, sondern auch übers Fressen – sowohl buchstäblich als auch im übertragenen Sinne.

Wir können nicht fassungslos zusehen, wie unsere Nachbarländer in antidemokratischen Rechtspopulismus abdriften und einfach nur hoffen, dass uns das irgendwie erspart bleibt. Es ist sinnlos, zu glauben, dass wir mit Appellen an Anstand, Moral und Vernunft irgendwen erreichen ausser diejenigen, die sowieso schon zum bildungsbürgerlichen Milieu gehören. Was tun wir dafür, dass sich Deutschland nicht wie Frankreich, Polen, Niederlande oder Skandinavien entwickelt und 30-50% der Bevölkerung sich antidemokratischen Kräften zuwenden? Bisher ist die »progressive Zivilgesellschaft« allenfalls Zuschauer, vielleicht ein fassungsloser Zuschauer, aber kein Akteur. Das muss sich ändern. Darüber müssen wir reden. Dringend. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.